

Bocholter-Borkener Volksblatt

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken. Organ der Zentrums- und Rhetor Volkszeitung. Geschäftsstelle: Bocholt, Köbelstr. 6. Fernsprecher 92 und 97. Verlagsort: Münster (Westf.) 2. Anhalt-Iselburger Zeitung.

Nr. 168

Sonntag, den 21. Juni

1925

Rückfragen in Paris wegen der Sicherheitsnote.

Kabinettsrat in Berlin.

Berlin, 20. Juni. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.) Das Reichskabinettsrat hat heute in einem Kabinettsrat mit den dringenden außen- und innenpolitischen Angelegenheiten. Wie man hört, haben sich die Kabinettsmitglieder in erster Linie über die französische Antwortnote auf den deutschen Vorschlag des Sicherheitspactes und über die Entwaffnungsnote neuerdings ausgesprochen. Man geht auch nicht fehl in der Annahme, daß die Zollvorlage in der nach dem Kabinettsrat abgehaltenen Besprechung der Minister eine Rolle gespielt hat.

Berlin, 20. Juni. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.) Nach einer offiziellen französischen Mitteilung hat Reichsaussenminister Dr. Stresemann in den beiden Unterredungen, die er mit dem französischen Botschafter gehabt hat, auf gewisse Unklarheiten in der französischen Note hingewiesen, und um Aufklärung darüber gebeten. Die deutschen Anfragen hätten bereits gestern am Quai d'Orsay Gegenstand einer aufmerksamen Prüfung gefunden, und die französische Antwort darauf werde wahrscheinlich schon heute den Weg nach Berlin nehmen. Auch an den hiesigen zuständigen Stellen erklärt man die Aufnahme, die die französische Antwort in Deutschland gefunden hat, als nicht ungünstig, und verweist dabei im besonderen darauf, daß trotz der gemachten Reserven die Gesamtheit der deutschen Presse der Fortsetzung der eingeleiteten Diskussion des Wortes zede.

Die deutsch-nationale Opposition.

Berlin, 20. Juni. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.) Gegen den Sicherheitspact richtet sich eine deutsch-nationale Opposition, die von der deutsch-nationalen Landtagsfraktion, dem Reichstagsklub und der Reichstagsopposition unterstützt wird. Diese Opposition ist, kommt die feste Erwartung zum Ausdruck, daß die deutsch-nationale Reichstagsfraktion weder auf schwächliche Kompromisse eingeht, die unvereinbar seien mit der deutsch-nationalen Würde, noch, für den sogenannten Sicherheitspact zu haben ist, der lediglich unsere Feinde sichert, uns aber neuerdings — und diesmal freiwillig, und zwar noch über den Rahmen des Versailles-Schmachtfriedens hinaus — vertraglich binden würde. Ferner erwartet der deutsch-nationale Landesverband von Berlin mit aller Bestimmtheit, daß die deutsch-nationale Landtagsfraktion unter keinen Umständen und in keiner Form in eine Regierung in Preußen geht, in der die Sozialdemokratie vertreten ist. Das Ziel müsse nach wie vor sein, eine sozialistische Regierung in Preußen zu schaffen und die Befreiung des Systems Braun-Erdberg. Es ist bezeichnend, daß diese Entschlossenheit, die bereits vor einigen Tagen gefaßt ist, unmittelbar nach der französischen Antwort bekannt gegeben wird. Welche weiteren Folgerungen sich aus ihr für die Einstellung der deutsch-nationalen Reichstagsfraktion ergeben werden, ist natürlich noch nicht erkennbar. Sie ist aber ein Zeichen dafür, welchen Schwierigkeiten die Deutsch-nationalen innerhalb ihrer eigenen Reihen entgegengehen.

Die englischen Liberalen und der Garantiepact.

Die britischen Dominien gegen den Pact.

London, 20. Juni. (Tel.) Zu dem Plane eines Sicherheitspactes hebt das Lloyd George nachstehende Daily Chronicle zunächst hervor, daß einer britischen Garantie, die von einer konservativen Regierung im Namen der Nation gegeben werde, wenig Wert beigemessen werden könnte, denn weder die Liberalen noch die Arbeiterpartei würden sich dadurch als gebunden betrachten. Die öffentliche Meinung in England sei gegenwärtig einer Ausdehnung der Verpflichtungen auf dem Kontinent abgeneigt. Das Blatt stellt dem Plan eines Sicherheitspactes selbst mit diesem Skeptizismus gegenüber und erklärt, die Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit Frankreich seit 1919 und vor allem bei der geschwundenen Solidarität im Ruhrgebiet haben das Vertrauen des Durchschnittsengländers geschwächt, der nicht ganz so glauben vermag, daß irgendein Pact, den England abschließt, von Frankreich in dem gleichen Geiste ausgeführt wird. Einige greifbare Verpflichtungen sollen offenbar als Gegenleistung für unsere Garantie eingegangen werden. Davon ist aber in dem Weiskuch keine Rede. Es ist undenkbar, daß Großbritannien, das Frankreichs Sicherheit garantiert, darauf eingehen wird, daß Frankreich weitere A-Boote gegen England baut. Das Blatt bemerkt, Chamberlains Depesche vom 28. Mai zeige klar, daß die britische Regierung bei ihrer Garantie nur das Rheingebiet im Auge gehabt habe, aber in der Praxis werde es sich als nahezu unmöglich herausstellen, einen ewigen Frieden zwischen zwei Ländern zu garantieren, die wie Frankreich und Deutschland in kurzen Zeiträumen während vieler Jahrhunderte Krieg geführt hätten. Bezeichnend findet „Welt in der Gazette“ den Vorbehalt, der sich auch in den Äußerungen gewisser französischer Staatsmänner zeige, wonach Frankreich automatisch das Recht erhalte, zur Unterstützung Polens durch deutsches Gebiet zu gehen, wenn dieses Polen von Osten bedroht werde.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Chronicle“ schreibt, wenn die Parlamentsmitglieder sich auch zurückhaltend zeigen, hat offenbar der veröffentlichte Notenwechsel zunächst doch keineswegs einen günstigen Eindruck hervorgerufen. Der allgemeine Eindruck ist der, daß es wenig erfreulich ist, daß die Regierung das Land in jede europäische Verwicklung hineinzuziehen sucht zu einer Zeit, wo das Volk immer stärker für eine Isolierung ist.

London, 20. Juni. (Tel.) Der parteiindische „Daily Express“ glaubt melden zu können, daß die Auffassung in beinahe allen britischen Dominions bestimmt und endgültig gegen den geplanten Pact sei.

Eine Rede des polnischen Außenministers.

Warschau, 20. Juni. (Tel.) Außenminister Strzyński sagte in der auswärtigen Kommission des Sejm die Ansicht der polnischen Regierung über die französische Garantiepactnote auseinander. Für Polen sei unabänderlicher Grundlag die Unverletzbarkeit der Friedensverträge. Frankreich zeichne die Hand zum Frieden. Sache Deutschlands sei es, diese anzunehmen oder abzulehnen. Wenn es die Hand ergreife, komme es aus der feindlichen moralischen Nachkriegswelt heraus und werde Mitarbeiter am Weltfrieden. Deutschland wolle, daß man den Krieg vergesse, Polen wünsche daselbst. Um jedoch Besser und Besser der allgemeinen Sicherheit und des Friedens zu sein, müsse man aufhören, ein Feind der Welt zu sein.

Eine Erklärung des Präsidenten Coolidge.

Washington, 20. Juni. (Tel.) Präsident Coolidge erklärte, wie die Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit den von Frankreich unterstützten deutschen Vorschlägen einwilligen könnten, Treuhänder für die Sicherheitspact zu werden. Präsident Coolidge habe seine Stellung den Fragestellern im Weißen Hause klargestellt. Er sei der Ansicht, daß Amerika gemeinsam mit den anderen Nationen an der Sicherheit Europas interessiert sei, doch trete er für die seit langem geübte Politik ein, daß sich die Regierung von Verpflichtungen, wie sie vorgeschlagen worden seien, zurückhalten müsse.

Die Schwierigkeiten der Zollvorlage.

Berlin, 20. Juni. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.) Reichskanzler Dr. Luther und Landwirtschaftsminister Graf Rautenbach haben, wie schon berichtet, gestern Abend die Vertreter der Regierungsparteien empfangen und mit ihnen die Erledigung der Zollvorlage besprochen, deren Beratung am Montag im Reichstag beginnen soll. Ueber den Verlauf der gestrigen Besprechungen verlautet nichts. Man kann dies als ein gewisses Symptom werten. Die „Kreuzzeitung“ erklärt sehr eindeutig: „Sollte wider Erwarten der Landwirtschaft ein kühnlicher, der Parität zu den Industriezweigen entsprechender Schutz vorliegen, so wäre die Landwirtschaft gezwungen, für die Zollfreiheit auf allen Gebieten einzutreten.“ — Wie wir aus parlamentarischen Kreisen ergänzend erfahren, werden die Schwierigkeiten in ihrer ganzen Ausdehnung erst dann zutage treten, wenn nach der ersten Lesung zur Bildung des besonderen Ausschusses geschritten wird, der sich mit der Zollvorlage beschäftigen soll. Dieser Ausschuss wird voraussichtlich 28 Mitglieder umfassen. Da es in allen Fraktionen nach wie vor Freunde und Gegner der Zollvorlage gibt, wird der Gang der Arbeiten in diesem Ausschusse davon abhängen, welche Vertreter von den einzelnen Fraktionen in den Ausschuss entsandt werden. Auch befürchtet man nach wie vor eine Obstruktionspolitik der gesamten Linken, insbesondere der Sozialdemokraten. Schon heute läßt sich mit Deutlichkeit erkennen, daß die Erörterung der Zollvorlage eine schwere innere politische Erschütterung mit sich bringen wird.

Ein Ultimatum Chinas an die Mächte.

London, 20. Juni. (Tel.) Die von den Vertretern der europäischen Mächte, sowie von der chinesischen Regierung zur Wiederherstellung der Ordnung einderufene Konferenz ist abgebrochen worden, da die Chinesen die Vorschläge der fremden Mächte als eine ungeeignete Verhandlungsbasis abgelehnt haben. Es verlautet, daß die Chinesen neue Forderungen und für deren Erfüllung ein Ultimatum gestellt haben. Die Lage hat sich also weiter verschärft, und infolge der Organisierung des Boykotts schwere Gefahren aus. Das diplomatische Korps hat nach einer langen und schweren Debatte beschlossen, die an dem Konflikt nicht beteiligten Vertreter Italiens, Frankreichs und Amerikas zur Regierung zu entsenden, um die sofortige Aufnahme von Verhandlungen über die ultimativen Forderungen der chinesischen Regierung zu betreiben.

(Siehe auch zweite Seite.)

Industrie und Wirtschaft.

Der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, der heute nicht weniger als über 1000 Fachverbände und sonstige Mitglieder umfaßt und einer der wesentlichsten Faktoren im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben Deutschlands darstellt, am 24.-25. Juni in Köln ist deswegen eine besondere Bedeutung beizumessen, weil sie die erste Tagung der deutschen Industrie darstellt, die nach Einführung des Sachverständigenplanes (Dawes-Guthachten) stattfindet, und weil dieser Plan unser gesamtes deutsches öffentliches Wirtschaftsleben und unser Leben als Nation in ausschlaggebender Weise beeinflusst hat.

Der Sachverständigenplan hat die wirtschaftliche Abhängigkeit des Rheinlandes und des Ruhrgebietes von der übrigen deutschen Wirtschaft beseitigt. Er hat aber bis jetzt nicht, was alle erhoffen und erwarten durften, die Räumung der Kölner Zone und die Räumung des Ruhrgebietes gebracht. Wenn man sich im vorigen Jahre trotz vieler, schwerer Bedenken entschlossen hat, den Sachverständigenplan auf der Londoner Konferenz anzunehmen, so war man sich in den Kreisen derjenigen Politiker und Wirtschaftler, die die Dinge nüchtern betrachten können, klar, daß in dem ersten Jahre der Durchführung dieses Planes, dem Jahre der Atempause, nicht sofort auf allen Gebieten die erhoffte Besserung und Beruhigung der Verhältnisse eintreten konnte. Wir haben in Deutschland nach der Inflationskrisis ebenso eine Verschiebung der Deflationskrisis bekommen. So befinden wir uns jetzt in einer außerordentlich kritischen Epoche der deutschen Wirtschaft.

Keine Epoche war so von ökonomischen Notwendigkeiten beherrscht wie die gegenwärtige. Produktionsförderung und Abhängigkeit stehen da in vorderster Reihe. Unter den heutigen Verhältnissen bedeutet Produktion, und zwar billige und qualitativ gute Produktion, alles. Es kommt darauf an, daß alle an der deutschen Produktion beteiligten Faktoren das einsehen und sich dementsprechend einstellen. Es genügt aber nicht, daß Staat, Unternehmer und Arbeiter die richtige Einstellung zur Produktion finden, es ist auch erforderlich, das zweite Problem, den Abzug und seine Gestaltungsmöglichkeit, zu erkennen und zu fördern. Dabei ist es wichtig, nicht nur den äußeren Markt, sondern auch die große Bedeutung des inneren Marktes in Rechnung zu stellen. Unter den Kostenelementen der deutschen Produktion spielen die Eisenbahntarife eine hervorragende Rolle. Es ist deshalb wichtig, dieses Instrument auf die höchste Leistungsfähigkeit zu führen und seine Dienstfähigkeit für die deutsche Wirtschaft zu steigern. Bei den engen Zusammenhängen zwischen Währung, Kredit und Produktionspolitik kommt es ferner darauf an, ohne die Währung in irgend einer Weise schädlich zu beeinflussen, die Kreditpolitik unseres Währungsinstituts, der Reichsbank, so einzurichten, daß damit nicht nur die Produktionsförderung geleistet, sondern auch in dem Konkurrenzkampf mit dem Ausland unsere Abhängigkeit erleichtert werden kann. Unser Produktionsüberschuss kann nur dann auf den ausländischen Märkten auf einen geregelten und stabilen Absatz rechnen, wenn im Wege günstiger Handelsverträge mit dem Ausland ein gewinnbringender Austausch der Güter gesichert ist.

Wenn man das Problem der Produktionsförderung untersucht, so wird man in den europäischen Staaten sogleich klar erkennen, daß wir in Europa gegenüber der Entwicklung, die Amerika auf dem Gebiete der Produktion genommen hat, stark zurückgefallen sind. Seit dem Jahre 1914 hat man in Europa auf dem Gebiete der Produktionssteigerung keine nennenswerten Fortschritte gemacht, und so hat uns Amerika in einer Weise überflügelt, daß viele Wirtschaftler sich in banger Sorge die Frage vorlegen, ob dieser Vorsprung überhaupt jemals eingeholt oder weitgemacht werden kann. Nach dem Kriege, insbesondere in den Jahren 1923/24, hat man durch häufige Besuche maßgebender Wirtschaftler und Techniker in Amerika die Einzelheiten dieses Vorsprungs erkannt, und man hat sich überlegt, wie man wenigstens teilweise die deutsche Produktionssteigerung nach dem amerikanischen Vorbild umgestalten könnte.

Man begegnet in Deutschland vielfach der Behauptung, daß die deutsche Wirtschaft und insbesondere die deutsche Industrie, alles Interesse daran habe, ihre Betätigung in einem schwach geleiteten Staatswesen auszuführen, ja, man ist sogar soweit gegangen, zu behaupten, daß die Tendenzen der Industrie dahin gingen, die Autorität des Staates in jeder Weise einzuschränken, um ihre Kräfte um so freier entfalten zu können. Die Häufigkeit dieser Behauptung hat nicht dazu beigetragen, ihre Richtigkeit zu bestätigen. Im Gegenteil ist vom Standpunkt jedes Unternehmers, mag das Unternehmen, das er leitet, noch so groß und ausgedehnt sein, nur zu wünschen, daß ein straff und gut geleitetes Staatswesen die Entfaltung der wirtschaftlichen Erfordernisse sichert. Ebenso falsch, wie es wäre, allgemeine Politik ohne Rücksicht auf die Wirtschaft zu führen, ebenso falsch ist es, die allgemeine Politik der Wirtschaftspolitik unterzuordnen. Die Wirtschaftspolitik kann immer nur ein Ausschnitt aus der allgemeinen Politik bleiben; deshalb ist es für alle Glieder der Wirtschaft von ausschlaggebender Bedeutung,

daß die Autorität des Staates, in dem sie sich betätigt, in fester Weise begründet ist.

Man darf wohl erwarten, daß über all diese und andere Punkte die Tagung des Reichstages Aufklärung bieten und dazu beitragen wird, neue Anregungen in die beteiligten Kreise hineinzutragen. Die hier besprochenen Fragen können gewißlich aber nur gelöst werden auf dem Boden der industriellen Gemeinschaftsarbeit, die heute leider, im wesentlichen durch die Schuld der sozialistischen Gewerkschaften, unterbrochen worden ist, die aber erneuert werden muß, wenn die Wirtschaftsgestaltung eine bessere werden soll.

Der Gesundheitszustand im Deutschen Reich

Ausprache im Reichstag.

Berlin, 20. Juni. (Tel.)

In der heutigen Reichstagsitzung wurde die Beratung des Etats des Reichsinnenministeriums fortgesetzt, und zwar beim Gesundheitswesen.

Hr. Dr. Moser (Sog.) erinnert daran, daß im Haushaltsauschuß von der Regierung Zahlen gegeben wurden, die eine kleine Besserung der Gesundheitsverhältnisse zeigen. Er warnt aber vor Optimismus. Tieftraurig sei

die ungeheure Zahl der Todesfälle am Kindbettfieber.

Im Jahre 1923 betrug die Zahl der Todesfälle 21,9 Prozent, im Jahre 1924 46 Prozent. Neben der Zunahme der kindlichen Todesfälle sind wahrnehmbar auch die traurigen Wohnverhältnisse an dieser Zunahme schuld. Der Redner fordert die Einführung der Familienhilfe bei den Geburtenrückgängen. Er bespricht dann eingehend den Geburtenrückgang und weist auf die politische Bedeutung dieser Frage hin. In Berlin beträgt die allgemeine Geburtenziffer des Jahres 1923 gegenüber der vom Jahre 1876 nur noch knapp ein Viertel. Der Redner nennt die Zollvorsorge ein Attentat auf die Volksgesundheit. Mit der Verteuerung des Brotes steigen die Krankheits- und Sterbefälle. Alle Maßnahmen auf dem Gebiete der Wohnungs- und Gesundheitspolitik werden sabotiert durch die Brotverteuerung.

Staatssekretär Zweigert erklärt, daß dem Minister die Volksgesundheit besonders am Herzen liege. Ein gesundes und starkes Volk zu schaffen sei sein Ziel. Es seien

Maßnahmen getroffen, um die Speisungen und Unterhaltungen der Bevölkerung zu fördern.

wenn die ausländischen Quellen versiegen. Die Durchführung des Sachverständigenrats dürfte nicht auf Kosten der Volksgesundheit erfolgen. Der Staatssekretär weist dann auf die Maßnahmen hin, die von der Regierung bereits eingeleitet worden seien, um die Volksgesundheit zu heben und erinnert an die Gesetzentwürfe gegen den Alkoholmißbrauch, zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Tuberkulose.

Hr. Sackelkamp (DnL) betont, daß insbesondere alles auf dem Gebiete der Wohnungs- und Ernährungsfrage getan werden müsse, um die Volksgesundheit zu heben. Zur Verminderung der Säuglingssterblichkeit bedürfe es der äußersten Fürsorge für die Wöchnerinnen. Die Geschlechtskrankheiten hätten nach der Resolution sehr zugenommen. (Stürmischer Widerspruch links.) In Hannover und in Hamburg sei etwa jeder vierte Mann geschlechtskrank. (!) Der neu vorgelegte Gesetzentwurf müsse deshalb schnellstens verabschiedet werden. Der Redner fordert wirtschaftliche

Sicherstellung der Ärzte und Schaffung ärztlicher Ehrengerichte.

Experimente, wie sie von den Krankenkassen unternommen worden seien, seien eine Gefahr. Beispielsweise hätten Krankenkassen eine Heilmittelfabrik aufgestellt, die mit Barmat in enger Verbindung steht, um diese zu sanieren. Einer Sozialisierung der Ärzte, wie sie von den Krankenkassen angestrebt werden, werde sich keine Partei aufschließen widersehen.

Ministerialdirektor Grieser teilt mit, daß das Reichsarbeitsministerium einen Gesetzentwurf für Familienkrankenpflege ausgearbeitet habe, der am Freitag nächster Woche mit den Vertretern der Länder und Verbände beraten werden soll.

Hr. Bides (D. Apt.) bezeichnet es als dringende Pflicht der Regierung, gegen die Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten sich mit allen Mitteln zu wenden und fordert ein Bewachungsgeheiß für die Jugend. Da es heute keine allgemeine Wehrpflicht mehr gibt, müsse die Regierung

alle Bestrebungen auf sportlichem Gebiete tatkräftig unterstützen.

Die Jugend müsse auch insbesondere vor den Gefahren des Alkohols bewahrt werden.

Geheimrat Hamel vom Innenministerium teilt mit, daß eine auf Veranlassung des Zentralinstitutes für die Auslandshilfe bei den Gemeinden veranfaltete Kundfrage ergeben habe, daß 21 Prozent der Schulkinder speisungsbedürftig, 25 Prozent erscholungsbedürftig und 18 Prozent unterernährt

waren. Besonders auffällig sei es, daß jetzt viele Kinder tropfbehindert seien. Wenn der Geburtenrückgang anhalte, gehe das deutsche Volk dem Untergange entgegen.

Hr. Frau Wenzel (Komm.) bezeichnet die Etatssumme für die Gesundheitspflege als lächerlich.

Hr. Sparrer (Dem.) fordert reichsgesetzliche Regelung des Apothekenwesens und des Arzneimittelverkehrs.

Die nächste Sitzung ist am Montag nachmittag 2½ Uhr. Tagesordnung: Weiterberatung. Verbrauchssteuern.

Die Wirtschaftsverhandlungen.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

tu. Paris, 20. Juni. (Tel.) Die Information berichtet zu den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen: Man sucht gegenwärtig nach einer Kompromißformel. Eine Plenarsitzung, die als Entscheidung bezeichnet werden kann, ist für Montag nachmittag vorgesehen worden. Wenn die Grundlagen eines Handelsabkommens im Laufe der Sitzung festgelegt werden können, könnte die französische Kammer den Vertrag noch vor den französischen Parlamentsferien ratifizieren, andernfalls würden die Verhandlungen unterbrochen und voraussichtlich erst im Herbst wieder aufgenommen werden.

An deutscher Stelle in Paris ist man nicht der Ansicht, daß diese Ausführungen, soweit sie die Möglichkeit eines generellen Abbruchs der Verhandlungen betreffen, mit den Tatsachen übereinstimmen. Die Verhandlungen finden gegenwärtig in der Form persönlicher Besprechungen zwischen Staatssekretär Dr. Trendelenburg und dem französischen Handelsminister Chaumet statt. Es ist möglich, daß diese Verhandlungsform noch geraume Zeit in Anspruch nehmen wird.

Polen setzt die Verhandlungen fort.

tu. Berlin, 20. Juni. (Tel.) Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Warschau: Der Ministerrat hat sich gegen den Zollkrieg entschieden. In der gestrigen Sitzung des politischen Komitees erklärte sich die Regierung auf Antrag des Hauptdelegierten Bronowski für Fortführung der deutsch-polnischen Verhandlungen bis zum Zustandekommen eines Protokolls auf rein wirtschaftlicher Grundlage.

Edwinoff hat Trendelenburg.

tu. Berlin, 20. Juni. (Dr. Trendelenburg, unser Berliner Vertreter.) Der russische Volkskommissar Edwinoff hat gestern auf

Die Jahrtausendfeiern im Rheinland.

Im Kölner Gürzenich.

Die Ansprache des Oberbürgermeisters Henauer:

„Schmieden Sie keine neuen Ketten freiwillig für Deutschland.“

X Köln, 20. Juni. Bei dem Festessen, das gestern Abend im Gürzenich aus Anlaß der offiziellen Jahrtausendfeier stattfand, begrüßte Oberbürgermeister Henauer die anwesenden Vertreter der Reichs- und Staatsregierung. Wir Rheinländer, sagte er u. a., sind uns bewußt, und dies sage ich besonders den Vertretern der preussischen Staatsregierung, was wir in den letzten hundert Jahren durch den Anschluß an einen mächtigen Staat empfangen haben. Wenn wir trotz der schlechten Lage, die wir nicht vergessen, uns der Freude hingeben, so folgen wir der Stimme unseres Herzens, weil wir wieder ein innerlich freies Volk sind, wenn wir auch äußerlich noch so unfrei wären. Wir Rheinländer tragen Ketten, wir in der nördlichen Zone tragen sie aber zu Unrecht. Den Verantwortlichen rufen wir zu: Schmieden Sie keine neuen Ketten für Deutschland! Lieber wollen wir die Ketten, die wir jetzt tragen, weiter tragen, bis Recht und Gerechtigkeit sie uns abstreifen werden. Ich hoffe, daß doch einmal das junge Volk jenseits des Ozeans eingreifen wird, den Geist des wahren Friedens in Europa wiederherzustellen. Deutschland hat kein Nationaldenkmal für die im Weltkrieg Gefallenen. Die Siegerstaaten haben die Reste des unbekannten Soldaten als Symbol für die gefallenen Helden begeben. Warum soll sich Deutschland diesen Gedanken nicht auch zu eigen machen? Dieses Nationaldenkmal geht aber an den deutschen Rhein, der immer das Ziel des Weltkrieges gewesen ist. Es gehört mitten hinein in das Brausen des Tages. Es gehört an den Kölner Dom, der immer das Symbol der Einheit des Deutschen Reiches gewesen ist.

Dann entbot Reichsminister Dr. Trendelenburg der Versammlung die Grüße der Reichsregierung und sprach herzliche Worte tief empfundenen Heimatgefühls.

Die Feier in Koblenz.

Die geplanten Kundgebungen und Volksfeste verboten.

w. Koblenz, 20. Juni. (Tel.) Die Stadt am Deutschen Eck ist zur Jahrtausendfeier reich geschmückt. Auf allen Straßen strömen Besucher zu Fuß und zu Wagen in die Stadt. Am Mor-

gen veröffentlichte der Oberbürgermeister einen Aufruf an die Bevölkerung der Stadt, worin er bedauert, daß es nicht möglich war, allen Einwohnern Gelegenheit zur Teilnahme an der Jahrtausendfeier zu geben, da die geplanten Kundgebungen und Volksfeste von den Besatzungsbehörden nicht gestattet wurden. Außerdem weist der Oberbürgermeister noch einmal darauf hin, daß alle Anordnungen auf öffentlichen Straßen, die den Charakter oder Ansehen einer militärischen Parade haben könnten, a. B. Umzüge mit Musik, verboten sind. Auch das Abhängen des Deutschlandliedes wird ausdrücklich verweigert. desgleichen alle politischen Reden, sofern sie als geeignet angesehen werden, die Würde der Besatzungsbehörden und der Besatzungstruppen zu beeinträchtigen.

X Koblenz, 20. Juni. (Tel.) Die Ehrengäste, die an der Jahrtausendfeier in Düsseldorf und Köln teilgenommen hatten, begaben sich heute zur Jahrtausendfeier nach Koblenz. Auf der Rheinbrücke Rittersburg fand ein offizieller Empfang statt; der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, bezeichnete die Kölner Jahrtausendfeier als feierliche Kundgebung, die zeige, wie unerschütterlich das Rheinland mit dem Reich verbunden sei. Mit besonderer Dankbarkeit würdigte Redner die Verdienste Preussens um das Rheinland. Im Namen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung führte Minister Dr. Höpker-Schöff u. a. aus, man werde das bittersüße Gefühl nicht los, daß die kleinen Verletzungen, die man uns vorwerfe, sofern von solchen überhaupt die Rede sein könne, keinen ausreichenden Grund bilden könnten, die Räumung der nördlichen Zone aufzuheben. Er hoffe bestimmt, daß die feierlichen Zusammenkünfte, die für den 15. August hinsichtlich der Räumung weiterer Gebiete gegeben worden seien, auch gehalten würden. Seit der Völkerverwanderung seien die beiden Ufer des Rheins mit dem Deutschen Reich aufs engste verbunden gewesen. Mit einem Hoch auf den freien deutschen Rhein und das Deutsche Reich schloß der Redner.

Verbot der deutsch-völkischen Jugendorganisation im besetzten Gebiet.

w. Koblenz, 20. Juni. (Tel.) Die Rheinlandkommission hat die Auflösung des deutsch-völkischen Jugendbundes und sämtlicher Jugend- oder Propagandaverbindungen, die der deutsch-völkischen Freiheitsbewegung angeschlossen sind, im besetzten Gebiet beschlossen.

der Durchreise nach einem Badeort in der Reichshauptstadt einen fünfstündigen Aufenthalt genommen und bei dieser Gelegenheit dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann einen Höflichkeitsbesuch abgestattet.

Dienstag Kammererklärung Painlevés

Beurteilung dreier deutscher Fischdampferkapitäne in Marokko.

tu. Paris, 20. Juni. (Tel.) Nach einer Tagesmeldung aus Mogador hat der Friedensrichter die Kapitäne der drei deutschen Fischdampfer, die in den französischen Gewässern der marokkanischen Küste beschlagnahmt wurden, wegen Verstoßes gegen das Schiffsrecht zu 100 Franken Geldstrafe verurteilt. Jedes Mitglied der Besatzung wurde außerdem wegen Verstoßes gegen die Aufenthaltsbestimmungen zu 200 Franken Geldstrafe und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die drei Schiffe haben den Hafen ohne Erlaubnis verlassen.

Das Urteil scheint im Widerspruch zum internationalen Seerecht zu sein. Die deutschen Fischer haben sich 4½ Seemeilen von der marokkanischen Küste befunden. Nach dem internationalen Gewohnheitsrecht erstreckt sich die Grenze der Hoheitsgewässer auf drei Seemeilen. Frankreich hat allerdings durch ein Dekret vom 18. Oktober 1912 die Grenze auf 6 Seemeilen erhöht. Man kann indessen die marokkanischen Küstengewässer auf keinen Fall zur französischen Hoheitszone rechnen. Das Urteil gegen die deutschen Fischer kann daher in der französischen Gesetzgebung keine Stütze finden. Es ist anzunehmen, daß das Urteil zu einer Intervention von deutscher Seite führen wird.

w. Paris, 20. Juni. (Tel.) Eine amtliche Mitteilung besagt, daß Ministerpräsident Painlevé in der am nächsten Dienstag stattfindenden Kammereröffnung eine Erklärung über die Marokkopolitik der Regierung geben und auf alle darauf bezüglichen Interpellationen antworten wird.

Die gestern von der Regierung beschlossenen Maßnahmen zur Unterdrückung der kommunistischen Propaganda gegen den Marokkofeldzug, haben, wie „Matin“ mitteilt, zur Festnahme von mehr als 120 Personen in Paris und in der Provinz geführt. Die Nachforschungen werden gegenwärtig energisch fortgesetzt. „Matin“ glaubt, daß der Ministerpräsident am Dienstag vor der Kammer erklären wird, daß leitende Parlamentarier der kommunistischen Partei in der Angelegenheit verwickelt sind.

Der parlamentarische Ausschuss der Seereskommission der Kammer, der nach Marokko entsandt wurde, hat, wie die kommunistische „Humanité“ mitteilt, in seinem ersten Bericht des Seereschiffes und des Kriegsministeriums ersucht, in möglichst kurzer Zeit die bereits vorgesehenen Verstärkungen an Mannschaften und Material einzuschiffen.

Die französisch-spanische Marokko-Konferenz.

tu. Madrid, 20. Juni. (Tel.) Ein amtlicher Bericht besagt, daß die französisch-spanische Konferenz im Laufe ihrer zweiten Volltagung sich mit der Frage der Ueberwachung der Küstengewässer beschäftigt hat. Es wurde eine Einigung erzielt, die der französischen und der spanischen Regierung zur Gutheißung unterbreitet werden soll. Gegenstand der Verhandlungen bildete auch die Frage der Ueberwachung der Andalusien. Es wurde ein Unterarbeitsausschuß eingesetzt, der die Modalitäten einer wirksamen Zusammenarbeit der französischen und spanischen Behörden zur Vermeidung des Waffenschmuggels prüfen wird. Die Vorschläge dieses Unterarbeitsausschusses werden Montag im Laufe der Volltagung bekannt gegeben werden.

Neue Angriffe der Rifberber auf die spanischen Stellungen.

tu. Tanger, 20. Juni. (Tel.) Die spanischen Stellungen zwischen Tetuan und Tanger wurden in der vergangenen Nacht von starken Rifabteilungen heftig angegriffen. An mehreren Stellen gelang es den Rifabteilungen, in die spanischen Stellungen einzudringen. Die Verbindung Tetuan-Tanger ist unterbrochen. Die Spanier haben 14 Tote und 35 Verwundete verloren.

Die Lage in China.

Der Boykott der englischen und japanischen Waren.

w. London, 20. Juni. (Tel.) „Daily Mail“ meldet aus Schanghai, daß die chinesischen Handelsvereinigungen beschloßen hätten, daß der Boykott gegen britische und japanische Waren noch energischer fortgesetzt werden soll. In der Lage des Schiffverkehrs und des industriellen Streiks ist keine Veränderung eingetreten.

tu. London, 20. Juni. (Tel.) Wie aus Peking gemeldet wird, haben die Vertreter der Mächte den chinesischen Außenminister benachrichtigt, daß sie sofort Verhandlungen zu einer gütlichen Regelung in Schanghai zu

eröffnen wünschten. Falls die chinesische Regierung es wünscht, werden die auswärtigen Legationen bei ihren Regierungen um Erlaubnis nachkommen, die chinesischen Vorschläge über Reorganisation der internationalen Niederlassungen in Schanghai zu erörtern. In Chungking ist ein neuer Aufbruch ausgedehnt. Der britische Konsul und andere Ausländer sind gezwungen worden, die Stadt zu verlassen. Der Fremdenverkehr in das Innere der Mongolei ist unterlagert worden. Weitere russische Munition für den christlichen General Feng soll unterwegs sein. Verschiedene Anzeichen sprechen dafür, daß die Agitation der Studenten von der chinesischen Regierung unterdrückt wird.

Fremdenmishandlungen.

tu. Paris, 20. Juni. (Tel.) Aus Peking wird gemeldet, daß nach einem Bericht des amerikanischen Konsuls in Chungking ein Engländer, ein Schwede und ein Pole von der wütenden Menge schwer mißhandelt wurden.

Die letzten Meldungen.

Revolverattentat auf einen polnischen Bizekonsul.

w. Essen, 20. Juni. (Tel.) Im polnischen Konsulat in Essen wurde gestern nachmittag von dem Polen Chaszel Bergier auf den polnischen Bizekonsul Besowski ein Revolverattentat verübt. Bergier, der die polnische Staatsangehörigkeit verloren hat, wurde von dem Bizekonsul in dieser Angelegenheit empfangen und gab im Verlaufe der Unterredung drei Schüsse auf den Bizekonsul ab. Eine Kugel traf ihn in der Bauchgegend. Der Täter versuchte zu entfliehen, wurde aber von den herbeigeeilten Bürgern festgehalten und später durch die Polizei verhaftet. Der Bizekonsul wurde ins Krankenhaus gebracht, sein Befinden hat sich inzwischen schon gebessert, so daß heute vormittag seine Vernehmung erfolgen konnte.

Abtrittsbesuch des österreichischen Gesandten Dr. Riedl beim Reichspräsidenten.

tu. Berlin, 20. Juni. (Tel.) Der österreichische Gesandte Dr. Riedl ist gestern vom Reichspräsidenten von Hindenburg in Abtrittsbesuch empfangen worden. Riedls Nachfolger ist der Großdeutsche Dr. Franz.

Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Polizei.

M. Berlin, 20. Juni. (Tel.) Die Polizei verhaftete gestern Abend aus einem Trupp demonstrierender roter Frontkämpfer 10 Personen, die ihrer Entlassung Widerstand leisteten und brachten sie zur Wache. Darauf versuchten die übrigen, die sämtlich mit eisernen Stangen bewaffnet waren, gewaltsam in die Polizeiwache einzudringen, konnten jedoch zunächst von den Polizeibeamten abgewehrt werden. Nun erschien ein weiterer Zug und übernahm gemeinsam mit den anderen einen Angriff auf die Polizei. Diese mußte Hilfe herbeiholen und ging dann gemeinsam mit Gummiknüppeln gegen die Kommunisten vor, wobei weitere Verhaftungen vorgenommen wurden.

Der ungarische Ministerpräsident schwer erkrankt.

tu. Budapest, 20. Juni. (Tel.) Ministerpräsident Graf Bethlen wurde gestern von einem plötzlichen Unwohlsein befallen. Ein ärztliches Gutachten erklärte die sofortige Vornahme einer Blinddarmpoperation für notwendig. Die Operation wurde in der Nacht durchgeführt. Der Zustand Bethlens ist heute, in den Morgenstunden, befriedigend.

Schwerer Autounfall.

w. Niederrhein, 20. Juni. (Tel.) Heute morgen kurz vor 8 Uhr wollte der Kölner 55 Jahre alte Fahrer Jellen auf „Ezelstör“ die Kurve zwischen Blaken und Heimbach nehmen. Er bestieg sie aber nicht und sein Wagen stürzte sich quer. Der direkt hinter ihm fahrende Meisterfahrer E. Ludwig auf „Bugatti“ fuhr mit voller Wucht mit seinem Wagen auf Jellen, der dadurch sofort getötet wurde. Sein Beifahrer wurde schwer verletzt. Auch Ludwig erlitt schwere Verletzungen.

Markt- und Frankenschuhnotierungen.

h. New York, 20. Juni. (Funkspruch.) Schlussskurs der Markt 23,80; 100 Franken gleich 4,71½ Dollar.

Baumwollnotierungen.

h. New York, 20. Juni. (Funkspruch.) Tendenz: ruhig. Schlusssnotierungen: Loco 24,25; Juli 23,50-55; Aug. 23,40-40; Sept. 23,38-38; Okt. 23,36-38; Nov. 23,56-60; Dez. 23,08 bis 08; Jan. 23,34-34; Febr. 23,44-44; März 23,56-60; Zufuhren: Atlantik 2000; Inland 1000; Golt —; Frankreich —.

Getreidenotierungen.

h. Chicago, 20. Juni. (Funkspruch.) Schlusssnotierungen: Weizen: Juli 155,25, Sept. 153,625, Dez. 154,875, schwach; Mais: Juli 108,5, Sept. 108,75, Dez. 90, schwach; Hafer: Juli 49,375, Sept. 50, Dez. 52,5, schwach; Roggen: Juli 107,75, Sept. 109,25, Dez. 112, willig.

3. Rath
mäßig der
Deutsche F
Fahrpreisen
Köln und z
neben den
verbände K
statistibel.
In lebensm
nommen,
tisch in un
vermittelt.
um 11½ U
Barbara J
sprechen wi
Joal Frau
Ministerialr
bedeutsame
der Frauen
familie“ an
gliedern des
Bocholt aus
werden.
t. Die
Kultusminis
welchem die
Systeme in
bestimmten
pfählen, ein
eingurichten.
der Einheits
die Direktor
erhalten.
3. Tany
mit ihren T
erregte natü
Kindern.
A. Die
Die Gemein
Monat Mai
nahmen um
138 Million
onen Markt.
beläuft sich
Münster i.
Markt. Die
93 Millionen
halte im Ma
trage von ü
3. Neue
Befanntmach
Ausgabe der
In nächster
liche Hund
mäßigen Er
halter an die
* Adlon
mit den Reg
vom Herrn
von Saison
bis 31. Juli
S. 370) die
Anordnung
kauf darf nur
a. Dulb
Sonntag 10
mann. — Die
Lohengrin.
— Freitag 7
Nachtader.
— Montag
7,15 Uhr: Die
* Burlo
schaffen sich
deutsche Oblat
und Süddeutsche
bislang dem
hochwürdige
schule, und d
der erste hier
Maurer geleit
nennen in für
Sendung ein
beginnt abend
* Dörfler
linien. Ab B
Flugverbindun
ney — Borku
Dorfen abgeh
während die
in Dorsten ein
Anschluß an d
— Reichenhal
— Konstan
Flugpläne sind
Unter die
Nichtzentru
Herren Rand
die ihr Verha
demgegenüber
1. Beide s
wähler des R
worden, die
2. Beide
einen hervor
eines geneh
3. Die 3
ihren Kreispa
müßig, font

Aus der Heimat.

Bocholt, den 21. Juni 1925.

3. Rath. Deutscher Frauenbund, Zweigverein Bocholt. Anlässlich der Kölner Frauenwoche (22.—28. Juni) plant der Rath. Deutscher Frauenbund, Zweigverein Münster, bei ermäßigten Fahrpreisen eine Gesellschaftsreise zur Jahrausstellung in Köln und zwar für Donnerstag, den 25. Juni, an welchem Tage neben den gemeinschaftlichen Veranstaltungen der Frauenverbände eine besondere Tagung des Rath. Frauenbundes stattfindet. Die Führung durch die Jahrausstellung hat in lebenswürdiger Weise die Zentrale des R. D. F. übernommen, während der Zweigverein Köln einen guten Mittagsstich in unmittelbarer Nähe des Ausstellungsgeländes für 80 Pfg. vermittelt. Die Tagung des Rath. Deutschen Frauenbundes findet um 11½ Uhr im Ballsaal des Parkhauses statt, wo Frau Barbara Joss-Mabba über „Rath. Ehe und Familie“ sprechen wird. Abends ist Gelegenheit, im Großen Gürzenichsaal Frau Regierungsrätin Dr. Baermann-Münster und Frau Ministerialrätin Dr. Bäumer-Berlin ebenfalls über hochbedeutungsvolle Themen zu hören, die wie sämtliche Veranstaltungen der Frauenwoche, von dem Zeitgedanken „Erneuerung der Familie“ ausgehen. — Bei einer Teilnahme von dreißig Mitgliedern des hiesigen Zweigvereins würde auch für die Fahrt von Bocholt aus von der Eisenbahn Fahrpreismäßigung gewährt werden.

4. Die Einheitssturzstift in den Schulen. Im Preussischen Kultusministerium ist jetzt der Erlass unterzeichnet worden, nach welchem die Einheitssturzstift unter Ausschluß aller anderen Systeme in den preussischen Schulen zu lehren ist. Soweit keine bestimmten Klassenstunden vorgeschrieben werden, wird empfohlen, einen zweijährigen Kursus aus zwei Wochenstunden einzurichten. Bis spätestens Ostern 1926 muß die Einführung der Einheitssturzstift erfolgt sein, bis zum 1. April 1927 haben die Direktoren Bericht über die Ergebnisse des Unterrichts zu erstatten.

5. Langbären. Gestern zogen einige südländische Gestalten mit ihren Langbären durch die Stadt. Die kleine Gesellschaft erregte natürlich überall großes Aufsehen, vor allem bei den Kindern.

6. Die öffentlichen Geldinstitute in der Provinz Westfalen. Die Gesamteinzahlungen bei den westfälischen Sparkassen haben im Monat Mai die 200 Millionen überschritten. Die Spareinzahlungen nahmen um 9½ Millionen Mark zu und betrugen Ende Mai 138 Millionen. Die Giro-Einzahlungen belaufen sich auf 65 Millionen Mark. Die Zahl der neu ausgestellten Sparkassenbücher beläuft sich auf ca. 13.000 Stück. — Die Landesbank in Münster i. W. hatte im Mai einen Umlauf von 387 Millionen Mark. Die Bilanzsumme auf jeder Buchseite erhöhte sich auf 93 Millionen Mark. — Die Provinzial-Landesversicherungsanstalt hatte im Mai eine Zunahme von neuen Versicherungen im Betrage von über 2,5 Millionen Mark. Der starke Zugang hält an.

7. Neue Hundesteuermarken. Hundehalter werden auf die Bekanntmachung in der heutigen Nummer der Zeitung betr. Ausgabe der Hundesteuermarken für 1925 aufmerksam gemacht. In nächster Zeit findet eine genaue Kontrolle statt, ob auch sämtliche Hunde eine gültige Hundesteuermarke tragen. Zur ordnungsmäßigen Erledigung der Markenausgabe mögen sich die Hundehalter an die Reihenfolge laut Bekanntmachung halten.

8. Saison- und Inventurausverkäufe. In Uebereinstimmung mit den Regierungspräsidenten in Arnberg und Düsseldorf ist vom Herrn Regierungspräsidenten in Münster für die Abhaltung von Saison- und Inventurausverkäufen statt der Zeit vom 10. bis 31. Juli (Anordnung vom 8. November 1921, Amtsblatt S. 370) die Zeit vom 1. bis 21. Juli festgesetzt. Eine entsprechende Anordnung ist im Regierungsamtsblatt erschienen. Jeder Verkauf darf nur zwei Wochen dauern.

9. Duisburger Stadttheater. (Spielplan vom 21.—30. Juni). Sonntag 6 Uhr: Oberon. — Montag 7,15 Uhr: Jar und Zimmermann. — Dienstag 7,15 Uhr: Rigoletto. — Mittwoch 5 Uhr: Bohemien. — Donnerstag 7,15 Uhr: Die Nibelungen, 1. Abend. — Freitag 7,15 Uhr: Traumspiel. — Samstag 7,30 Uhr: Der Nussknacker. — Sonntag 6,30 Uhr: Die Nibelungen, 2. Abend. — Montag 7,15 Uhr: Heimliche Brautnacht. — Dienstag 7,15 Uhr: Die Fledermaus.

10. Burlo, 20. Juni. Abfahrt in die Missionen. Am 24. Juni schiffen sich in Hamburg auf dem Dampfer „Albatross“ sechs deutsche Oblatenmissionare ein, um sich in die Missionen in Süd- und Südwestafrika zu begeben. Drei der Auswanderer gehörten bislang dem Missionskolleg „Mariengarten“ in Burlo an. Der hochwürdige Vater Viktor Krefz, bislang Lehrer an der Missionschule, und die ehrw. Brüder Stumpff und Salms, von denen der erste hier in der schwierigen Bauperiode gute Dienste als Maurer geleistet hat. Am heutigen Sonntag erhalten die Genannten in einer längeren kirchlichen Abschiedsfeier die kirchliche Sendung für ihre Arbeit im Weinberge des Herrn. Die Feier beginnt abends um 6,30 Uhr.

11. Dorsten, 20. Juni. Neue Flugverbindungen und Luftpostlinien. Ab Bremen ist seit dem 18. Juni eine täglich mehrmalige Flugverbindung mit den Nordseebädern Wangerooge — Norddeich — Borkum eingerichtet. Die um 7,40 Uhr vom Flughafen Dorsten abgehende Post trifft um 11,15 Uhr in Borkum ein, während die um 3,15 Uhr abgehende Post um 7,30 Uhr Abends in Dorsten eintrifft. Ferner werden jetzt an allen Wochentagen im Anschluß an die Linie Dorsten — Frankfurt (Main) — München — Reichenhall — Berchtesgaden und Frankfurt — Mannheim — Konstanz besolgt. Auch diese Linien führen Luftpost. Die Flugpläne sind bei allen Postämtern einzusehen.

Aus dem Kreise Rees.

Nachträge zur Reichspräsidentenwahl.

Unter diesem Titel erschien in der vorigen Woche in der Reichspräsidentenpresse des Kreises Rees eine Veröffentlichung der Herren Landrichter a. D. Küster und Gutsbecker M. E. Lenzing, die ihr Verhalten bei dieser Wahl rechtfertigen sollte. Wir stellen demgegenüber folgendes fest:

1. Beide Herren sind durch das Vertrauen der Zentrumsmitglieder des Kreises Rees zu den höchsten Ämtern berufen worden, die diese im Kreise Rees zu vergeben hatten.

2. Beide Herren sind ihren Wählern im Wahlkampfe um einen hervorragenden Kandidaten durch Unterzeichnung eines gegnerischen Wahlaufzuges in den Rücken gefallen.

3. Die Zentrumsmitglieder des Kreises Rees hat daher durch ihren Kreisparlamentarismus nicht nur dieses Verhalten einseitig mißbilligt, sondern auch mit 88 gegen 4 Stimmen beschloßen,

verne Herren durch den Herrn Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Kreistages aufzufordern die von der Zentrumsfraktion empfangenen Ämter niederzulegen.

4. Darauf richteten die vorbenannten Herren an den Herrn Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Kreistages nachstehende Briefe:

„Auf Ihr werthes Schreiben vom 19. 5., das ich heute erhielt, zur Antwort, daß es mir leider unmöglich ist, der Aufforderung des Parteiausschusses nachzukommen, da die mich gewählten Zentrumsleute, die auch heute noch hinter mir stehen, es nicht begreifen würden, wenn ich einem, fehlenden nicht genehmen Nachfolger den Platz räumen würde. Bei der bald erfolgenden Neuwahl werde ich mich selbstverständlich zu verhalten wissen.“
gez. M. E. Lenzing.“

„Da ich nicht zu denjenigen gehöre, die alles glauben und für wahr halten, was die Zeitungen schreiben, habe ich von dem Bericht über die am 10. Mai abgehaltene Sitzung des Kreis-Parteiausschusses der Zentrumsfraktion keine Notiz genommen.“

Sie fordern mich nun unter dem 19. Mai im Auftrage des Kreis-Parteiausschusses zur Niederlegung meiner Mandate als Mitglied des Kreistages, des Kreisparlamentes und als Kreisdeputierter auf.

Ich sehe keine Veranlassung, diesem Verlangen zu entsprechen und lehne es ab.

Ich betrachte mich nicht als gewählt von denen, die der Wirth'schen Auffassung huldigen, der Feind stehe rechts und demgemäß den Anschluß nach rechts suchen, sondern von jenen Wählern des Kreises, für die der Feind links und beim Herrn Wirth und seinen Anhängern steht. Diese in diesem Augenblicke zu verlassen, erscheint mir nicht ratsam, zumal ich die Zahl der Weisungsgebotenen nach dem Beitritt des Herrn Marg zum Reichsausschuß des Banners schwarz-rot-gold und bei Fortdauer der bisherigen Zentrumsposition täglich wachsen sehe.

Ich muß Wert darauf legen, daß die Veröffentlichung meiner Erklärung nur im vollen vorstehenden Wortlaut erfolgt. Mit vorzüglicher Hochachtung ergebendst

gez. Küster.

Wir baden nur mit Gas



billig + sauber + billig

5. Weder Herr Küster noch Herr Lenzing haben ihre Mandate, wie sie annehmen, einigen hinter ihnen stehenden Wählern, deren Zahl nicht für ein einziges Mandat ausreichen dürfte, zu verdanken, sondern der gesamten Zentrumsfraktion, die für alle auf der Zentrumsliste stehenden Kandidaten stimmte.

6. Die Herren Küster und Lenzing haben sich durch Unterzeichnung eines unsrer Führer Marg in unerhörter Weise verunglimpfenden und gegen das Zentrum gerichteten Wahlaufzuges sowie durch ihre unberechtigte abfällige Kritik an den hervorragenden Führern des Zentrums sich bewußt außerhalb der Zentrumsfraktion gestellt. Es ist deshalb nach bescheidenen Ehrbegriffen nicht üblich, von einer Partei Ehrenämter anzunehmen und zu behalten, von der man sich durch sein Verhalten ausgeschloffen hat.

Wir überlassen daher sowohl die beiden Briefe, als auch unsere Stellungnahme dem Urteil unserer Parteifreunde und dem jedes rechtlich denkenden Menschen, bestehen aber nach wie vor darauf, daß beide Herren ihre Mandate in die Hände derjenigen zurückgeben, die sie gewählt haben, deren Vertrauen sie aber nicht mehr besitzen.

Empel, den 12. Juni 1925.

Namens des Vorstandes der Zentrumsfraktion des Kreises Rees. Ridert-Rees, Angenendt-Wesfel, W. Lenzing-Hühum.

7. Jfelburg, 20. Juni. Blumentag zu Gunsten der Notdürftigen der Stadt. Der Blumentag zu Gunsten der Bedürftigen der Stadt Jfelburg, der am vergangenen Sonntag aus Anlaß der Jahrausstellung des Rheinlandes stattfand, erbrachte einen Betrag von 91,87 Mark.

8. Wesel, 20. Juni. 7. Niederrheinische Messe. In der Zeit vom 20.—24. August findet die 7. Niederrheinische Messe in Wesel statt. Sowohl für Käufer wie für Verkäufer ist es ein außerordentliches Vorrecht, daß nunmehr die lang angestrebte Einseitigkeit im äußeren Aufbau der Messe vollkommen durchgefallen ist. Es ist den Bemühungen der Beteiligten gelungen, die umfangreichen Hallen und Plätze der ehemaligen 43er-Kaserne für die Zwecke der Messe gänzlich freizubekommen. Dadurch entfällt die Notwendigkeit, andere, außenliegende Räumlichkeiten in Anspruch zu nehmen. Die zahlreichen bereits vorliegenden Anmeldungen auch solcher Firmen, die bisher auf sämtlichen Messen vertreten waren, rechtfertigen die Erwartung, daß auch der 7. Niederrheinischen Messe im Interesse des Handels und des Verkehrs mit dem niederrheinisch-westfälischen Industriegebiet der berechnete Erfolg zuteil wird.

Eingefandt.

Augenblicklich ist man mit dem Ausbau der Gussav Bederstraße beschäftigt. Diese Straße ist seit dem Umbau der Häuser sehr oft durch Erdarbeiten und Ausschachtungen aufgewühlt worden. Die Anwohner dieser Straße möchten deshalb die Bitte an die Stadtverwaltung richten, doch jetzt gleich eine Gaslaterne bei dem Neubau an der Ecke der Bahnbeamtenwohnung

Der **Excelsior** Ballon-Reifen
gibt auf schlechten Straßen Sicherheit und erhöhte Geschwindigkeit!

und dem Wohnhause Siding anzubringen. Es war bisher manchmal für die Passanten mit Lebensgefahr verbunden, über diesen Weg in der Dunkelheit zu ihren Wohnungen zu kommen. Jetzt, da man wieder mit Erdarbeiten dort beschäftigt ist, würde diese Maßnahme doch ohne große Arbeit und Kosten möglich sein. Und für die Anwohner wäre die Erfüllung ihres Wunsches von großem Vorteil.

Mehrere Anwohner der Gussav Bederstraße.

Sonntagsgedanken.

Das Beste, daran sich das Menschenherz anklammert, wenn das Leben seine wilden Stürme schickt und seine heimlichen Qualen, ist die Hoffnung. Sie ist Stütze und Anker wie eine tröstende Freudehand, die uns umgibt. Wenn sie in uns stirbt, dann fänden wir wohl nie die Brücke, die aus Not und Sorge und Elend heimführt zu Ruhe und Frieden.

Ob auch der Glaube fehlt, — ob auch der grübelnde Stand kein Ziel mehr weiß und keinen Weg mehr sieht, der aufwärts führt, — sie ist doch immer bei uns wie das Leuchten der Kerne im Dunkel der Nacht, — die Hoffnung auf etwas Gutes, Schönes, auf die Erfüllung schöner Träume und schlummernder Sehnsucht. Und ist sie noch so oft gestorben, sie blüht doch wieder aus aus Verzweiflung und Bitternis und geht neue Wege zu dem Wunder, das doch einmal Wirklichkeit werden muß.

Wenn dich das Glück verlassen hat und du die Einsamkeit deines Daseins spürst, dann flattert die Hoffnung schon suchend nach einem Licht, das dir Erlösung schenken könnte.

Wenn dich der Glaube an einen Menschen trug, so weckt die Hoffnung immer wieder den Wunsch in dir, daß du Unrecht hast, daß alles Irrtum und Täuschung.

Sie bleibt bei dir auf allen Straßen des Lebens, sie blüht auf an den Gräbern, die sich über Menschen schloßen, die du lieb gehabt.

Durch Leid und Tränen leuchtet ihr tröstender Schein, um welkes Raub und gestorbene Blumen ranti sie ihr immergrünes Band. Sie ist die Brücke deiner Seele von der Dämmerung zum Frührot, von der Nacht zum Licht, vom Tod zum Leben.

Mit ihrer Schwester, der Sehnsucht, begleitet sie deinen Erdenweg, bis deine Augen sich müde schließen. Wie die Sehnsucht aufwächst aus dem Gefühl des Fremdsinns, aus dem Heimweh nach dem verlorenen Paradies, so kommt die Hoffnung aus dem Bewußtsein des Schmerzes und dem Warten auf Güte und Glück.

Sie darf dir nur den Willen nicht lähmen. Dann ist sie zu groß oder zu klein, legt einen Nebel über dein Tun und du rührst die Hände nicht mehr und warstest nur, daß das Wunder von selber zu dir kommen soll, — oder du glaubst in dumpfer Verzweiflung, daß deine Kraft nicht ausreicht, etwas zu ändern, das Schicksal ist.

Nichts hoffen und Alles tun, das ist: Alles hoffen. Das gibt deinem Leben den festen Halt und die ruhige Sicherheit und stärkt dir den Mut und das freudige Wollen, die Gegenwart zu zerbrechen durch den Bau einer Zukunft, die schöner und besser ist.

So zimmerst du dein Einzelschicksal, das dir zerbrach bei deiner Lebensfahrt, — so wird das Volk, das sich in Fesseln windet, gläubig an den fernen Morgen. Aus Hoffnung wird Glaube und Wille und Tat. — Und der Trost, daß du ein Chaos meistert, das dich blind zerstampfen will.

Dr. Sch.

Verantwortlich für den lokalen Teil: Dr. B. Schmitz • Bocholt, für den lokalen Anzeigenteil: Joh. Kempten • Bocholt.

Dr. Thompson's Seifenpulver
macht die Wäsche blendend weiß.



Pfarrer Heumann's

Heilmittel

stets auch vorrätig im Alleindepot:

Marion-Apotheke (Apotheker F. Arons)

Bocholt i. W. Fernruf 462

Das große 5441

Pfarrer Heumann-Buch

320 Seiten, 100 Abbildungen erh. jeder

Leser, der seine Adresse einschickt,

von der Firma Ludwig Heumann

& Co., Nürnberg M. 921 gratis

franko zugesandt. Postkarte genügt.

